

http://www.focus.de/wissen/mensch/geschichte/tid-27010/krise-hat-historischen-grund-staat-und-gesellschaft-sind-feinde-in-griechenland_aid_804060.html

Krise hat historischen Grund

Staat und Gesellschaft sind Feinde in Griechenland

Donnerstag, 23.08.2012, 19:35 · von FOCUS-Online-Autor Harald Wiederschein



Stolzes Symbol, trotz Krise: die griechische Flagge dpa / Arno Burgi/Archiv

Die Steuermoral ist schlecht, die Korruption blüht und die Parteien bedienen nur ihr Klientel: Was Griechenland in den Abgrund treibt, wurzelt in einer turbulenten und oft leidvollen Geschichte.

„Die Beziehung griechischer Bürger zu ihrem Staat ist schizophren“, bemerkt der Historiker Ulf Brunnbauer.

„Einerseits erwarten sie, dass

er sich um sie kümmert, andererseits haben sie kein Vertrauen in staatliche Institutionen“, sagt der Direktor des Instituts für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS) in Regensburg. Konkret heißt das: Während viele Bürger Angebote wie Jobs im Öffentlichen Dienst und Sozialleistungen gern und ausgiebig in Anspruch nehmen, bleibt ihre Steuermoral höchst bescheiden. Und gegenüber behördlichen Anweisungen legen die Griechen häufig einen bemerkenswerten Unwillen an den Tag.

Für den griechischen Staat bedeutet das leere Kassen, zudem sind die Bedingungen für Reformen schlecht. So fatal und widersprüchlich dieses Verhalten auch erscheint, es wurzelt in den Erfahrungen vergangener Jahrzehnte und Jahrhunderte. „Der junge griechische Staat hatte nach seiner Unabhängigkeit im 19. Jahrhundert eine zentrale Bedeutung für die Modernisierung der griechischen Gesellschaft“, erklärt Brunnbauer. Denn privates Kapital sei kaum vorhanden gewesen. So etablierte sich der Staat als Wohltäter, der keine Gegenleistung forderte.

Schlechte Erfahrungen mit politischer Herrschaft

Trotz dieser Rolle konnte er das grundsätzliche Misstrauen seiner Bürger nicht beseitigen – zu viele negative Eindrücke hatten sich bereits festgesetzt und sollten noch folgen. Der blutige Freiheitskampf gegen die osmanische Herrschaft zum Beispiel. Oder die Tatsache, dass die europäischen Großmächte der jungen Nation im 19. Jahrhundert eine Monarchie aufzwingen, obwohl die Griechen in der Mehrheit eine

Republik befürwortet hätten. Im Zweiten Weltkrieg schließlich eroberten deutsche und italienische Truppen das Land, was ein unmenschliches Besatzungsregime zur Folge hatte. „Zuletzt haben die Erfahrungen der Militärdiktatur, die von 1967 bis 1974 dauerte, das Bild verfestigt, dass der Staat der Gesellschaft feindlich gegenübersteht“, sagt Brunnbauer.

Aber auch die politischen Parteien haben in Zeiten der Demokratie den Ruf des Staats nicht aufgebessert. „Verantwortungslos haben sie nach jeder Wahl Zehntausende Posten neu besetzt oder geschaffen, um ihre Klientel zu bedienen“, sagt der Experte. „Das ging sogar so weit, dass bei Regierungswechseln Putzfrauen in Krankenhäusern ausgetauscht wurden.“ Auf die Kompetenz der Verwaltung hätten derartige Radikalschnitte verheerende Auswirkungen gehabt.

Unüberbrückbare Gräben in der Gesellschaft

Diese rücksichtslose Klientelpolitik zeigt überdies, wie polarisiert die griechische Gesellschaft ist. Von einer „großen Zerklüftung“ spricht Brunnbauer, die es selbst im aktuellen Fall einer nationalen Krise nicht zulasse, einen Konsens zwischen politischen Gegnern zu finden. „Die Gräben sind unüberwindbar, aber nicht, weil die Parteien ideologisch so weit auseinander liegen. Oft sind die Gegensätze persönlicher Art.“

Aufgerissen hat diese Gräben insbesondere der Bürgerkrieg zwischen Kommunisten und Rechtsnationalisten sowie Monarchisten während der 1940er-Jahre. „Das Thema wurde nie wirklich aufgearbeitet und wirkt immer noch nach“, meint Brunnbauer. „Zum Teil verlaufen die Trennlinien selbst durch Familien und heute noch spielt eine Rolle, wer damals auf welcher Seite gekämpft hat.“

Das Erbe der Korruption

Zusätzlich tragen die traditionellen Sozialstrukturen auf dem Balkan dazu bei, dass in der griechischen Gesellschaft so schwer ein Konsens zu erreichen ist. Als vertrauenswürdig sehen viele nur die eigene Familie und Verwandtschaft an, bestenfalls noch das heimatliche Dorf. Die Welt jenseits davon gilt als feindliche Fremde. Dementsprechend gering scheint die Bereitschaft, sich für das Gemeinwohl zu engagieren. „In Griechenland gibt es nicht einmal eine Freiwillige Feuerwehr, was bei den sommerlichen Waldbränden jedes Jahr zum großen Problem wird“, nennt Brunnbauer ein bezeichnendes Beispiel.

Da der Staat und seine Behörden als Feind gelten, spielen auch in offiziellen Angelegenheiten persönliche Netzwerke eine wichtige Rolle. „In Griechenland geht man nicht auf ein Amt und erwartet, wie jeder andere behandelt zu werden, sondern man setzt auf seine Kontakte“, sagt der Experte. „Das leitet sich aus der Erfahrung im 19. Jahrhundert her, Leistungen nur durch persönliche Beziehungen zu lokalen Notabeln zu erhalten. Mit der Bürokratisierung im 20. Jahrhundert hat sich dieses Verhalten auf den Umgang mit den Ämtern übertragen. Allerdings lädt dieses System geradezu zur Bestechung ein.“

Wie in postsozialistischen Ländern

Überhaupt ist die weit verbreitete Korruption eines der großen Probleme, mit denen der griechische Staat aktuell zu kämpfen hat. Wobei das Land damit keineswegs allein steht. „Korruption findet sich weltweit“, so Brunnbauer, „aber besonders häufig ist es in Diktaturen oder deren Nachfolgestaaten anzutreffen, weil unter autoritären Regimen häufig eine besondere Nähe zwischen Machthabern und bestimmten Unternehmen existiert.“ Und Griechenland sei schließlich erst seit 1974 eine Demokratie. Seine Situation ähnele derjenigen zahlreicher postsozialistischer Länder des ehemaligen Ostblocks.

Viele der aktuellen Probleme Griechenlands erklären sich aus seiner Geschichte – was nicht heißt, dass sie nicht zu lösen wären und Veränderungen nicht möglich sind. Ein Blick auf diese Vergangenheit täte auch manchem deutschen Politiker gut, bevor er publikumswirksam den Ausschluss des Landes aus der Eurozone fordert. „Der Einmarsch der Wehrmacht in Griechenland 1941 hatte schreckliche Hungersnöte mit Hunderttausenden von Toten zur Folge, von den Massakern an der Zivilbevölkerung ganz zu schweigen“, betont Brunnbauer. „Da wäre etwas mehr Sensibilität durchaus angebracht.“